
Pressemeldung Nr. 04 / 2010

12. Juli 2010

Ansprechpartner: Christian B. Schad, Landesgeschäftsführer
Tel: 0711 / 48 12 78

Im Landtag und vor Gericht: Unterfinanzierung als Thema

Der Landtag debattiert am 13. Juli die Novellierung des Privatschulgesetzes. Gleichzeitig wird vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim die Klage der Rudolf-Steiner-Schule Nürtingen gegen das Land verhandelt. Die Schule klagt stellvertretend für alle Waldorfschulen in Baden-Württemberg. In beiden Fällen geht es um das gleiche Thema: Die permanente Unterfinanzierung der Schulen in freier Trägerschaft. Mit der Novellierung werden die Haushaltsbeschlüsse nachvollzogen. Dafür muss das Privatschulgesetz geändert werden. Weil das Finanzierungsversprechen eines 80% igen Kostendeckungsgrades der Kosten eines staatlichen Schülers nur unzureichend umgesetzt wird, haben die Schulen in freier Trägerschaft im Januar mit über 20.000 Teilnehmern dagegen demonstriert.

Die Regierung hatte im Koalitionsvertrag von 2006 zugesichert, den freien Schulträgern bis Ende der Legislaturperiode 80% der Kosten eines staatlichen Schülers an Zuschüssen zukommen zu lassen. Der im vergangenen Dezember vorgelegte Privatschulbericht der Landesregierung spricht eine andere Sprache. Die jetzt vorgenommene Anpassung der im Haushalt ausgewiesenen Mittel reicht aber bei weiten nicht aus, um dem Regierungsversprechen näher zu kommen. Die Zahlen der Regierung basieren zudem auf dem Jahr 2008 und wurden von der Arbeitsgemeinschaft der Freien Schulen heftig kritisiert. Das Land spart weiter auf Kosten der Freien Schulen.

Während der Landtag das immer wiederkehrende Thema der Unterfinanzierung der Schulen in freier Trägerschaft debattiert, findet zeitgleich in Mannheim die Revisionsverhandlung der Nürtinger Waldorfschule gegen das Land Baden-Württemberg statt. Die Schule hat stellvertretend für alle Waldorfschulen im Lande gegen die Unterfinanzierung geklagt. „Uns ist gar nichts anderes übrig geblieben, als gerichtlich überprüfen zu lassen, ob der Gesetzgeber seinen Verpflichtungen noch nachkommt, sagt Dr. Albrecht Hüttig, der die Schule vor Gericht vertritt. Man erwarte eine grundsätzliche Klärung dieser Frage. Die Freien Schulen sehen sich zunehmend mit dem Vorwurf

konfrontiert, sie seien nur Schulen für die Kinder reicher Eltern. „Ich kenne keine Waldorfschule, die dieses Selbstverständnis vertritt“, so Hüttig weiter. „Es ist das Land, welches die Schulträger zwingt, hohe Elternbeträge für den Schulbetrieb einfordern zu müssen - mit der Paradoxie, dass die Eltern selbst Schulträger sind.“

Den Freien Schulen ist zugesagt worden, dass bis zum Sommer dieses Jahres die Zahlengrundlagen für 2009 neu ermittelt werden. Es ist absehbar, dass der Kostendeckungsgrad erneut gesunken ist. Ein Grund dafür ist, dass in dem vom Land aufgelegten Programm der Bildungsoffensive die freien Schulträger nicht berücksichtigt sind. Rund 10% der Schülerschaft in Baden-Württemberg bleiben deshalb außen vor. „Wir sind keine Landeskinder zweiter Klasse“ erinnerten im Frühjahr die Schüler die Politik auf ihren Demonstrationstransparenten. Dringlicher denn je erwarten die Schulen in freier Trägerschaft, dass im Herbst in einem Nachtragshaushalt das Versprechen endlich eingelöst wird, die 80%-Zusage umzusetzen. Dafür wären nach Angaben des Kultusministeriums zusätzlich 45,8 Mio Euro im Jahr notwendig.

Im Bundesländervergleich der Zuschüsse an Freie Waldorfschulen liegt Baden-Württemberg bei den Flächenstaaten an letzter Stelle. Nur der Stadtstaat Bremen unterschreitet dieses Niveau. Schüler, Eltern und Lehrer der Freien Waldorfschulen in Baden-Württemberg fordern deshalb die Regierung auf, das gegebene Versprechen einzulösen. Sie haben auf das Versprechen der Landesregierung, den Freien Schulträger bis Ende 2011 mindestens 80 Prozent der Kosten eines staatlichen Schülers zukommen zu lassen, vertraut. Dieses Vertrauen ist schwer erschüttert.

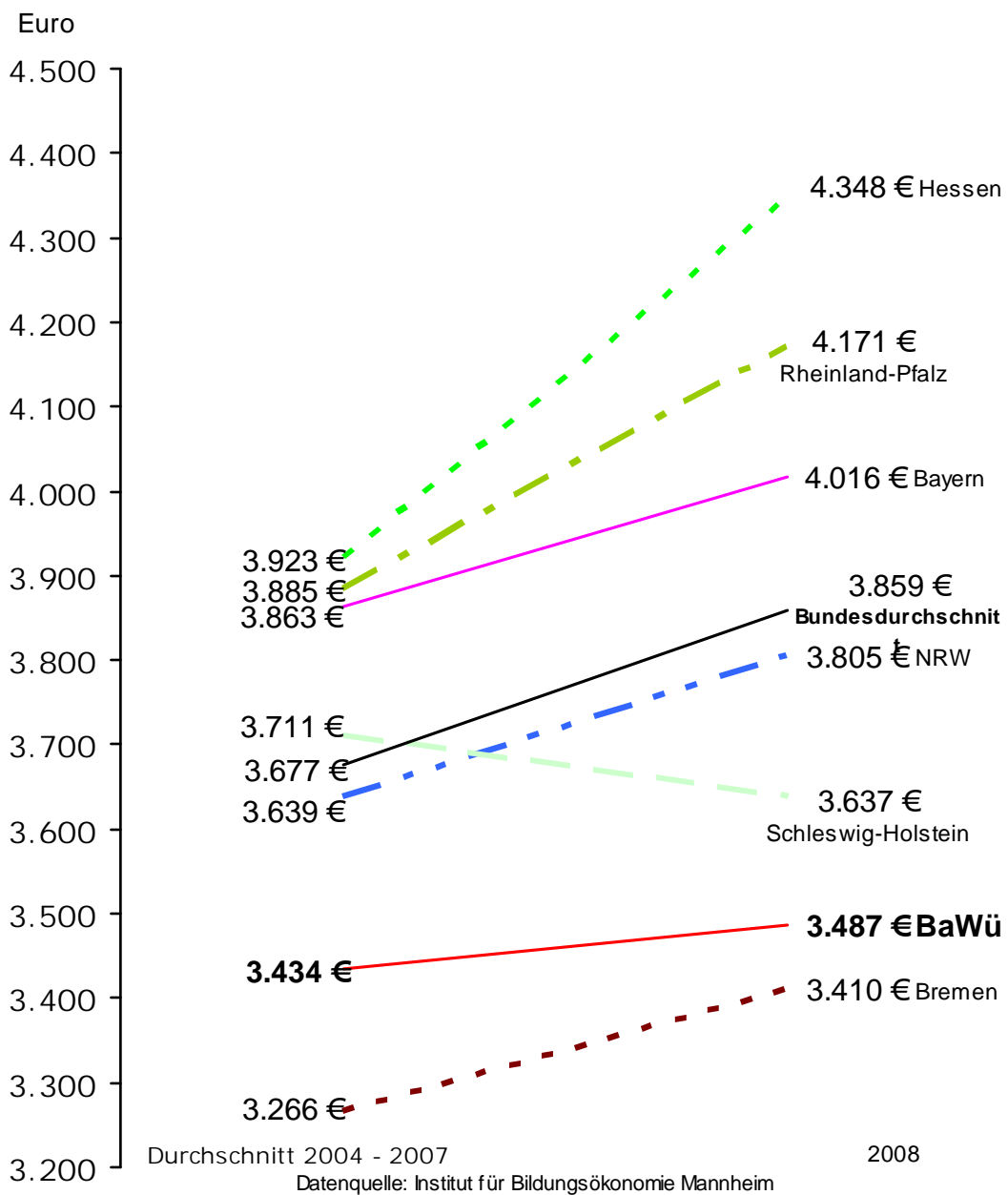
<http://www.waldorf-bw.de/>

unserer

Kinder

für
die
Zukunft
unserer
Kinder

Vergleich der öffentliche Zuschüsse für vollausgebaute
Waldorfschulen in Euro pro Schüler und Jahr
Überblick für ausgewählte Bundesländer



- Baden-Württemberg
- Bayern
- Bremen
- - Hessen
- - Nordrhein-Westfalen
- - Rheinland-Pfalz
- - Schleswig-Holstein
- Bundesdurchschnitt

für
die
Zukunft
unserer
Kinder